

Motion Kommission für Soziale Sicherheit und Bildung, Umwelt und Integration (SBU) (Verena Furrer-Lehmann, GFL): Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Politischer Auftrag an das Kompetenzzentrum Arbeit – Schwerpunkt für die Legislatur 2005-2008

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit generell, aber insbesondere die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit nimmt ein alarmierendes Ausmass an. Fachleute sprechen auch für die Stadt Bern von einer Besorgnis erregenden Entwicklung mit erheblichen und (teilweise) nicht abschätzbaren gesellschaftspolitischen und finanziellen Folgen.

Als erstes Zeichen für die Bereitschaft der Stadt, ihre Verantwortung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wahrzunehmen, nimmt das neue Kompetenzzentrum Arbeit (eine enge Kooperation zwischen dem bisherigen BWB und dem Verein Arbeit statt Fürsorge, AsF) am 1.1.2005 offiziell seine Arbeit auf.

Die SBU begrüsst diesen ersten Schritt, sieht aber kurz- und mittelfristigen Handlungsbedarf. Für das neue Kompetenzzentrum muss ein grundsätzlicher konzeptioneller und politischer Auftrag klar definiert werden.

Sie beauftragt den Gemeinderat deshalb:

1. eine Analyse der aktuellen Situation der Arbeits- resp. Jugendarbeitslosigkeit vorzunehmen und die möglichen Entwicklungsszenarien für die nächsten Jahre aufzuzeigen;
2. spezifische und aktuelle zweckdienliche statistische Daten zur Verfügung zu stellen;
3. geeignete Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu formulieren und deren Umsetzung als politischen Auftrag an das „Kompetenzzentrum Arbeit“ zu definieren;
4. die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten der Stadt in diesem Bereich auszuloten und aufzuzeigen;
5. die entsprechend dem Auftrag notwendigen Ressourcen auszuweisen und schliesslich aufgrund all dieser Erkenntnisse,
6. dem Stadtrat ein Konzept vorzulegen, das aufzeigt, mit welchen Massnahmen und welchen Kosten, innerhalb welcher Fristen, welche Wirkungen zu erwarten/erzielen sind.

Im Sinne einer Richtlinie wird der Gemeinderat weiter beauftragt, den Schwerpunkt „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ in die Legislaturrichtlinien 2005-2008 aufzunehmen.

Bern, 21. Oktober 2004

Motion Kommission für Soziale Sicherheit und Bildung, Umwelt und Integration (SBU) (Verena Furrer-Lehmann, GFL), Jsabelle Blunschy Scheidegger, Karin Feuz-Ramseyer, Hans-Ulrich Suter, Sabine Schärler, Guglielmo Grossi, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Bühler, Miriam Schwarz, Simon Röthlisberger, Daniel Lerch

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist besorgt über die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere über die Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit. Er hat deshalb den raschen Aufbau eines Kompetenzzentrums Arbeit (KA) aktiv unterstützt mit dem Ziel, sämtliche Massnahmen zur Integration von versicherten und ausgesteuerten erwerbslosen Personen zu bündeln und wirksame, kundinnen- und kundenge-rechte Angebote bereitzustellen. Mit der Inbetriebnahme auf den 1. Januar 2005 konnte eine wichtige Zwischenetappe erreicht werden, dieser Schritt allein genügt aber nicht. Der Gemeinderat

stimmt den Motionärinnen und Motionären zu, dass weitere Schritte unabdingbar sind, wenn die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden soll. Insbesondere ist der Gemeinderat der Auffassung, dass das KA seine Aufgabe nur dann dauerhaft erfüllen kann, wenn es unabhängig von wechselnden konjunkturellen Rahmenbedingungen und Unsicherheiten in Auftragsvergabe und Finanzierung durch die kantonalen Stellen auf eine stabile, verlässliche Basis gestellt wird. Dabei wird auch die Stadt ergänzend zum Kanton ihre Verantwortung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eine Kernaufgabe des Service public wahrnehmen müssen.

Auf dem Hintergrund dieser politischen Zielsetzung hat der Gemeinderat folgende Massnahmen eingeleitet:

1. Er hat die Direktion für Bildung, Soziales und Sport beauftragt, die aktuelle Situation im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit auf der Basis einer verbesserten Datenlage zu analysieren und bezüglich der strategischen Ausrichtung und der zu ergreifenden Massnahmen in einem Gesamtkonzept die nötigen Schlüsse zu ziehen. Es ist vorgesehen, dieses Gesamtkonzept samt Kreditvorlage noch vor den Sommerferien dem Stadtrat vorzulegen.
2. Nach Vorliegen des Konzepts Arbeitslosigkeit wird der Gemeinderat den politischen Auftrag an das KA detaillierter definieren und hierfür mit einem Kreditantrag die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen unter Einbezug der Drittfinanzierungen bereitstellen. Dieser Zeitplan hindert den Gemeinderat nicht, schon jetzt sämtliche kurzfristig möglichen Massnahmen (zum Beispiel zusätzliche Plätze im Motivationssemester sowie im Vormotivationssemester) zu ergreifen.
3. Im genannten Konzept wird sich der Gemeinderat nach erfolgter Analyse auch über den politischen Handlungsspielraum der Stadt abschliessend äussern. Angesichts der hohen Abhängigkeit des KA von Bestellungen zusätzlicher Plätze und wechselnden Rahmenbedingungen der kantonalen Auftraggebenden sowie der geringen städtischen Möglichkeiten, die dringliche soziale Problematik selbst zu beeinflussen, tritt der Gemeinderat für eine verstärkte politische Positionierung der Stadt in Ergänzung zum Kanton ein. Damit sollen die Arbeit des KA auf eine stabile Grundlage gestellt und insbesondere die Schwankungen in den kantonalen Vorgaben und Rahmenbedingungen ausgeglichen werden. Den notwendigen rechtlichen Handlungsspielraum sieht der Gemeinderat einerseits in der Ausführung des gesetzlichen Auftrags des kantonalen Sozialhilfegesetzes zur beruflichen und sozialen Integration von erwerbslosen Personen, andererseits in der politischen Stossrichtung der Legislaturrichtlinien des Gemeinderats. Die Neukonzeption der Vorgaben der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Bereich der Beschäftigungsmassnahmen für nicht versicherte, ausgesteuerte und erwerbslose Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger bildet hier eine wichtige Verbesserung, welche den Spielraum für städtische Massnahmen ausweitet. Auch die neuen Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe fordern dringlich vermehrte Massnahmen zur Integrationsförderung. Ob dieser Handlungsspielraum ausreicht, um nachhaltige Wirkungen der Angebote zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu erreichen, wird das geplante Gesamtkonzept zeigen. Der Gemeinderat wird gegebenenfalls dem Stadtrat weitergehende Massnahmen in eigener Kompetenz der Stadt vorschlagen.
4. Der Gemeinderat ist bereit, in den Legislaturrichtlinien 2005-2008 einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu legen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären.

Bern, 6. April 2005

Der Gemeinderat